

... - Mitte Dezember 1967
LA/en

DIE ABWERTUNG DES PFUND STERLING

Seit dem Zweiten Weltkrieg lebt Grossbritannien mit der Pfundkrise. Der Krieg, die fortschreitende Auflösung des Commonwealth sowie die Strukturängel der britischen Wirtschaft haben das einstmals reiche Gläubigerland zu einem Schuldnerland werden lassen. Ein erster Höhepunkt der Währungskrise führte 1949 zu einer 30-prozentigen Abwertung unter dem Labour-Führer Attlee, dessen Nachfolger aus dem konservativen Lager die anfangs der Fünfziger Jahre wieder auflebende Krisensituation während mehr als einem Jahrzehnt durch kurz- und langfristige Anleihen auf dem internationalen Finanzmarkt "meisterten", indem Löcher gestopft und neue, grössere aufgerissen wurden. 1964 übernahm Wilson mit der Regierung ein Zahlungsbilanzdefizit von 800 Millionen £stg. In der Folge entwickelte sich die latente Krise zu einem offenen Kampf um das Pfund.

I. Das Problem des Pfundes als Reserve- und Handelswährung.

Die Verwundbarkeit des Pfundes rührt in erster Linie von seiner allerdings im Schwinden begriffenen Stellung als internationale Reserve- und Handelswährung her. Die umfangreichen, von ausländischen Notenbanken als Währungsreserven gehaltenen Sterlingguthaben (nach offizieller Statistik £stg 2'269 Mio) und noch in viel stärkerem Masse die von Handelsbanken und Privaten für die Abwicklung ihrer Transaktionen benützten Sterlingbeträge (ca. £stg 2'000 Mio) stellen, besonders in Zeiten, in denen sich eine Zahlungsbilanzkrise abzeichnet und die Flucht aus dem Pfund einsetzt, einen Unruhefaktor und eine zusätzliche Belastung dar. Die Regierung Wilson war denn auch entschlossen, das Problem des Zahlungsbilanzgleichgewichtes im Hinblick auf die Wiederherstellung der Vertrauensgrundlage für das Pfund energisch an die Hand zu nehmen. Mit den aussergewöhnlich scharfen deflatorischen Kredit- und Finanzmassnahmen sowie der Blockierung von Löhnen und Preisen im



- 2 -

Sommer 1966 ging sie so weit, das Ziel der Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichtes allen anderen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik voranzustellen. In seinen Bemühungen zur Sanierung des Pfundes war Premierminister Wilson seit seinem Amtsantritt durch Stützungskredite des Internationalen Währungsfonds (IWF), durch gemeinsame Aktionen der Notenbanken und in neuester Zeit auch durch Hilfeleistung seitens privater Grossbanken unterstützt worden. Diese Kredite, die wir, soweit sie öffentlich bekannt sind und unter Auslassung der im Rahmen der Pank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zur Verfügung gestellten kurzfristigen Swap-Darlehen, nachstehend aufzuführen, halfen dem britischen Noteninstitut, die zurückfliessenden Pfund Sterling jeweils zu absorbieren und ein Abgleiten des Pfundkurses unter den Interventionspunkt zu verhindern.

<u>Ziehung</u>	<u>Betrag in Mio</u>	<u>Gläubiger</u>	<u>Zur Zeit noch offen (Mio)</u>	<u>Zur Rückzahlung fällig</u>
2.12.1964	£ 1000	IWF	£ 250	1.12.1967
12. 5.1965	£ 1400	IWF	£ 1400	Mai 1968 - Mai 1970
13. 6.1966	£ 1000	Group arrangement Notenbanken	Wurde im März 1967 verlängert	
10.10.1967	£ 107	3 Schweizer Grossbanken	£ 107	Oktober 1968

Die Sanierungsmassnahmen schienen im Frühsommer 1967 einen gewissen Erfolg zu zeitigen, und das Zahlungsbilanzgleichgewicht stand im Bereich des Möglichen. Mit dem Ausbruch des Konfliktes im Nahen Osten und der Sperrung des Suezkanals trat jedoch eine negative Wendung ein. Die durch die Schliessung des Suezkanals bis jetzt verursachten britischen Verluste werden auf 100 Millionen £stg geschätzt, während die politisch bedingten Abzüge von Pfundguthaben durch die Länder im Nahen Osten wesentlich höher veranschlagt werden müssen (einer Schätzung der NZZ zufolge über zwei Mrd. US-£). Diese Belastung kam in den britischen Währungsreserven deshalb nicht zum Ausdruck, weil die Verluste durch die Inanspruchnahme des sogenannten "group arrangement"

./.

mit den Notenbanken der BIZ von 1 Mrd. \$ sowie eines Swap-Abkommens mit der Federal Reserve Bank von New York in der Höhe von 1,35 Mrd. US-\$ kompensiert wurde. Damit war jedoch die zweite Linie der britischen Reserveposition stark angegriffen.

Zu diesem politisch bedingten Druck auf die englische Währung stellten sich weitere von Grossbritannien unbeeinflussbare negative Faktoren, wie beispielsweise die wirtschaftliche Rezession in einer Reihe seiner Partnerländer und das Ansteigen der Zinssätze auf den wichtigsten Kapitalmärkten, einer Gesundung der Zahlungsbilanz hindernd in den Weg oder erlaubten zumindest nicht, dem im Gefolge des Nahostkonfliktes entstandenen Druck auf die Dauer genügend Widerstand entgegenzusetzen. Damit sind aber die tieferen Ursachen der chronischen Schwäche des Pfundes und seiner nunmehr erfolgten Abwertung nicht erklärt. Sie liegen in der strukturellen Schwäche der britischen Wirtschaft und in ihrem ungenügenden Wachstum. Das langfristige Sterlingproblem ist denn auch vor allem durch den Konflikt gekennzeichnet, der zwischen dem Ziel des Wirtschaftswachstums und dem Ziel des Zahlungsbilanzgleichgewichtes besteht, und es hat sich nunmehr gezeigt, dass Premierminister Wilson mit seiner vor allem auf die Sanierung der Zahlungsbilanz ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu wenig Spielraum übrig blieb, um das Wirtschaftswachstum in dem Masse fördern zu können, als es zur Bildung einer tragfähigen Grundlage für eine internationale Reserve- und Handelswährung notwendig gewesen wäre. Die Schweizerische Botschaft in London weist in einem Bericht (21.11.) darauf hin, dass die industriellen Investitionen im Privatsektor weiterhin eine fallende Tendenz aufweisen, die Löhne bei einem Produktivitätszuwachs von 3% um 5% gestiegen sind und in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres die Importe prozentual stärker zugenommen haben als die Exporte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die in letzter Zeit sowohl in der Presse als auch von ausländischen Regierungsstellen geäußerte Ansicht, wonach die britische Wirtschaft auf lange Frist gesehen eine zu schmale Basis für die Funktion einer Reservewährung darstelle, durch die Entwicklung

- 4 -

bekräftigt worden ist. Dass man auch in Grossbritannien zu dieser Einsicht gelangt, lässt die kürzlich erfolgte Erklärung der britischen Regierung erkennen, dass sie an der Reservewährungsfunktion des Pfundes nicht unbedingt festhalte und bereit sei, an deren Ablösung mitzuwirken.

II. Der Entschluss zur Abwertung.

Verschiedene Faktoren trugen dazu bei, den Druck auf das Pfund in der Woche vom 12. bis zum 19. November gewaltig zu steigern. Am Wochenende des 11./12. Novembers zirkulierten Gerüchte über einen bevorstehenden Kredit der Zehnergruppe an Grossbritannien in der Höhe von £stg 90 Millionen, der zur Abdeckung einer am 2. Dezember fälligen Zahlung an den IWF dienen sollte. Wenige Stunden vor der Bestätigung dieser Transaktion, am Dienstagabend, setzte die Bekanntgabe des grössten Aussenhandelsdefizites seit vier Jahren (£stg 107 Mio für den Monat Oktober) das Pfund einem starken Verkaufsdruck aus. Am Mittwoch traf dann die vermutlich auf (gezielter?) französischer Indiskretion beruhende BBC-Meldung aus Paris ein, Grossbritannien verhandle über einen Riesenkredit von £stg 357 Millionen. Auf die Gerüchte um diese Stützungsaktion stieg der Kurs des Pfundes am Mittwoch und am Donnerstag zunächst an, fiel dann aber wieder unter die Interventionsgrenze, nachdem Schatzkanzler Callaghan der Presse die verwirrende Erklärung abgegeben hatte, er könne die Gerüchte weder bestätigen noch dementieren. Er löste damit eine Lawine hektischer Pfundverkäufe aus, die das britische Notenbankinstitut unter Preisgabe beträchtlicher Gold- und Währungsreserven auffangen musste. Laut Bericht unserer Botschaft in London (20.11.) schätzte die britische Fachpresse am Samstag, dass die Bank of England innerhalb von zwei Tagen mehr als 250 Millionen £stg an Gold und Devisen verloren habe, was im Vergleich zu den gesamten Gold- und Devisenreserven Grossbritanniens von ca. einer Milliarde £stg einen enormen Abfluss darstellt, dessen Anwachsen unter allen Umständen Einhalt geboten werden musste.

./.

- 5 -

Einer Meldung der Deutschen Presseagentur zufolge wurde der Beschluss zur Abwertung vermutlich am Donnerstagvormittag gefasst und konnte nach umfassenden Konsultationen und nach einer Periode offiziellen Stillschweigens, sofern man vom taktisch motivierten Dementi Lord Chalfonts absieht, am Samstagabend bekanntgegeben werden.

Die Abwertung des Pfundes wurde aus verschiedenen Gründen in einem bescheidenen Rahmen gehalten. Sollte sie ihr Ziel, d.h. die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durch die Schaffung einer vorteilhafteren Exportposition für britische Waren erreichen, musste unter allen Umständen vermieden werden, dass die Hauptwährungen, allen voran der US-Dollar, ihrerseits in den Abwertungssog gelangten. Die Abwertung des Pfundes wäre sonst nutzlos gewesen, und eine weltweite Devaluation hätte schliesslich nichts anderes dargestellt als eine entsprechende Goldpreiserhöhung. Um sich gegen diese unerwünschte Reaktion abzusichern, hat die britische Regierung bei den Regierungen der Hauptwährungsländer sorgfältige Abklärungen vorgenommen, bevor sie ihren Entschluss bekanntgab, wobei zu bemerken ist, dass diese Abwertung die erste bedeutende Paritätsänderung darstellt, bei der vorgängig ein weltweites Konsultativverfahren sowohl beim IWF als auch im Rahmen der Zehnergruppe stattgefunden hat. Die Regierung Wilson konnte sich bei der Festsetzung der neuen, um 14,3% erniedrigten Parität des Pfundes zudem auf grundsätzliche ausländische Stellungnahmen stützen. Frühere Sondierungen, die innerhalb der EWG und der in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zusammengeschlossenen Zentralbanken hinsichtlich des Eventualfalles einer Pfundabwertung vorgenommen wurden, hatten ergeben, dass die wichtigsten Länder an ihrem Wechselkurs festhalten würden, sofern die Abwertung der britischen Währung den Satz von 15% nicht übersteigen würde.

Die britische Regierung hat die Abwertungsmassnahmen mit einem Austerity-Programm verbunden, das die Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichtes erleichtern soll. Im Mittelpunkt dieses Programms steht die zugleich mit der Abwertung bekanntgegebene Erhöhung des Diskontsatzes von 6 1/2% auf 8% sowie

./.

eine Reduktion der Regierungsausgaben von insgesamt 400 Millionen £stg (Kürzung der Verteidigungsausgaben, Aufhebung der Rückerstattung der Selective Employment Tax, Abschaffung der Exportsubventionen und Abstreichung an den direkten öffentlichen Ausgaben). Eine Reihe zusätzlicher Restriktionsmassnahmen, wie Limiten für Bankdarlehen, Erschwerung der Abzahlungsgeschäfte usw. soll verhindern, dass der komparative Kostenvorteil, den Grossbritanniens Exporte durch die Abwertung gewinnen, durch entsprechend starke Preisanpassungen oder inflatorische Effekte im Inland innert kurzer Zeit zunichte gemacht werden.

Die Dekretierung des umfassenden "Restriktionspaktes" ist unter anderem eine notwendige Folge des bescheidenen Ausmasses der Abwertung, die im Endeffekt, d.h. nach Einbezug der durch die Abwertung verursachten Preissteigerungen bei den Importgütern, der britischen Exportindustrie lediglich einen Preisvorteil von ungefähr 7 - 8% eintragen wird. Die britische Regierung hat also zum vorneherein klargestellt, dass das Mittel der Abwertung nicht als eine Alternative zur bisherigen Restriktionspolitik, die bis zur dauerhaften Verbesserung der britischen Zahlungsbilanz und Währungsposition weitergeführt werden muss, betrachtet werden darf. Premierminister Wilson hat dies auch in seiner Fernsehansprache zum Ausdruck gebracht. Das Ziel der ergriffenen Massnahmen sei die Verbesserung der Zahlungsbilanz um 500 Mio £stg jährlich, so erklärte er in dem an das Volk gerichteten Appell, und er fügte bei, dass dieses Ziel nur durch die Erbringung grosser Opfer erreicht werden könne. Dass die Abwertung nur eine, wenn auch die wichtigste, Massnahme in einer Reihe von Vorkehrungen zur Sanierung der Zahlungsbilanz und der Wirtschaft Grossbritanniens darstellt, geht schliesslich daraus hervor, dass die britische Regierung vor und während der Abwertung Kreditbegehren in der bisher nie erreichten Höhe von insgesamt 3 Milliarden US-Dollar gestellt hat. Während die mit den Notenbanken der Zehnergruppe eingeleiteten Verhandlungen über ein Darlehen von 1,6 Milliarden US-Dollar noch andauern; hat der IWF dem britischen Gesuch um die Gewährung eines Kredites von 1,4 Milliarden US-Dollar bereits am 23. November entsprochen. Dieses Kreditpolster wird Premierminister Wilson eine

gewisse Rückendeckung gegenüber später eventuell wieder auflebende Spekulationen gegen das Pfund geben, und es stellt ausserdem als Vertrauensbeweis des Auslandes einen nicht zu unterschätzenden psychologischen Faktor dar. Es sei noch erwähnt, dass sich Frankreich am Kredit der Notenbanken nicht beteiligen wird, hingegen an die Stützungsaktion des IWF einen seinen Anteil übersteigenden Beitrag von 230 Millionen US- $\text{\$}$ (BRD: 270, USA: 250 Mio US- $\text{\$}$) bewilligt hat.

III. Die Auswirkungen der Pfundabwertung auf die Dollarwährung und die Stellung des Goldes.

In allen nichtkommunistischen Ländern wird die Währungsparität sowohl als Beziehung zum Dollar als auch zum Gold ausgedrückt, während die Parität des Dollars selber allein auf das Gold bezogen ist. Seit 1937 ist der Preis pro Unze Gold auf 35 US- $\text{\$}$ festgesetzt, und Präsident Johnson gab noch am Tage der Pfundabwertung die "unmissverständliche" Zusicherung ab, dass die Vereinigten Staaten an dieser Goldparität des Dollars festhalten werden. Damit verpflichtete er die USA, Gold jederzeit zum offiziell festgesetzten Preis zu verkaufen.

Um die Schwankungen der Goldbarrenpreise auf dem massgebenden Londoner Goldmarkt aufzufangen und dafür zu sorgen, dass sich der freie Barrenpreis in der Nähe der amtlichen amerikanischen Parität bewegt und sich im Rahmen der Verschiffungsgrenze (= 35 $\text{\$}$ + - 0.20 $\text{\$}$ Transport- und Versicherungskosten) hält, wurde von den führenden Notenbanken 1961 ein Goldfonds, der sogenannte Goldpool, gebildet, mit dessen Verwaltung die Bank of England betraut ist. Die im Goldpool vereinigten acht Notenbanken stellten zunächst insgesamt 270 Mio US- $\text{\$}$ in Gold bereit unter folgender Beteiligung: Vereinigte Staaten 50%, Bundesrepublik 11%, Grossbritannien, Frankreich und Italien je 9%, Belgien, Holland und die Schweiz je 4%. Nach anfänglichen Verlusten, die zur Rückführung des Goldkurses auf die offizielle Parität in Kauf genommen werden mussten, konnte der Goldpool nach der Ueberwindung der Kubakrise vom Oktober 1962 und dank sowjetischer Goldverkäufe in den nächsten Jahren ansehnliche Goldmengen erwerben, die im

- 8 -

Verhältnis zur prozentualen Beteiligung auf die Notenbanken verteilt wurden. Infolge der Beanspruchung des Goldmarktes durch zunehmende Käufe zu Hortungszwecken und für den Industriebedarf sowie der Einstellung der sowjetischen Goldabgaben, führten die Interventionen des Pools seit 1965 zu wachsenden Goldabflüssen. Diese Situation mag unter anderem zu Frankreichs Entschluss von Ende Mai 1967 beigetragen haben, die Leistung von Beiträgen an den Goldpool einzustellen, wobei die Vereinigten Staaten neuesten Meldungen zufolge dessen Quote soeben übernommen haben. Dieser geheime Schritt Frankreichs wurde von französischer Seite am 21. November, also kurz nach der Abwertung des Pfundes, an die Öffentlichkeit getragen und zwar zusammen mit der Andeutung, dass andere Länder - Gerüchte sprachen später von Italien und Belgien - seinem Beispiel möglicherweise folgen würden. Gleichzeitig gab "Le Monde" einen Überblick über die Goldabgaben des Pools, die in der Periode von Januar bis Oktober 1967 seinen Angaben zufolge die Höhe von 700 Mio US-\$ erreichten.

Der Rückzug Frankreichs aus dem Goldpool und vor allem die Bekanntgabe dieses Schrittes verstärkte die bestehenden Zweifel an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, die Goldparität des Dollars durch vollständige Deckung der Nachfrage aufrecht zu erhalten. Er brachte politische, psychologische und irrationale Motive ins Spiel, welche die im Gefolge der Abwertung angestiegene Goldnachfrage in einen eigentlichen Goldrausch ausarten liessen, wobei übereinstimmenden Pressemeldungen zufolge weltweite Kaufaufträge über Zürich als "internationale Drehscheibe" abgewickelt wurden. Die Goldnachfrage nahm in der Woche vom 20. - 25. November beunruhigende Ausmasse an, so dass sich die amerikanische Regierung gezwungen sah, wiederholt ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des Dollars zu beteuern. Sie hat auch entsprechend gehandelt, wobei zwei Momente, die eine entschlossene Politik zur Aufrechterhaltung der Dollarparität ermöglichten, hier aufgezeigt werden sollen:

- Die Notenbanken Belgiens, der Bundesrepublik, Grossbritanniens, der Niederlande, Italiens, der Schweiz und der Ver-

einigten Staaten fanden sich zu einer koordinierten Aktion zusammen. Nachdem während der auf die Abwertung folgenden Woche lediglich feststand, dass in diesen Ländern die Dollarparität aufrecht erhalten würde, beschlossen die Vorsteher der genannten Banken am 26. November anlässlich einer Tagung in Frankfurt, "bestimmte Massnahmen zu ergreifen, um durch koordiniertes Handeln geordnete Verhältnisse auf den Devisenmärkten aufrecht zu erhalten mit dem Zweck, die gegenwärtige Wechselkursituation auf Basis des festen Goldpreises von 35 Dollar per Unze zu gewährleisten" (NZZ vom 27.11.).

- Es darf nicht übersehen werden, dass die Vereinigten Staaten über beträchtliche Einsatzmittel zur Abwehr von Dollar- und Goldspekulationen verfügen. Das chronische Zahlungsbilanzdefizit, das sie mit Grossbritannien gemeinsam haben, ist eine Folge des weltweiten militärischen Engagements, der grossen Aufwendungen für Entwicklungshilfe und der bedeutenden Investitionen im Ausland. Dieses Defizit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA im Hintergrund eine expandierende Wirtschaft besitzen und mit insgesamt 75 Mia \$ Auslandguthaben ein reiches Gläubigerland sind. Zwar mögen die für Dollarstützungsaktionen zur Verfügung stehenden Goldreserven im Betrag von 2,5 Mia \$ (ca. 13 Mia \$ Goldreserven - ca. 10,5 \$ Deckungsreserven) nicht unerschöpflich erscheinen; sie könnten aber durch eine Aenderung des Deckungssatzes von 25% - Gerüchte wollten übrigens wiederholt von einer solchen bevorstehenden Massnahme wissen - beträchtlich erhöht werden.

Infolge der amerikanischen Entschlossenheit, die Goldparität des Dollars aufrecht zu erhalten, und dank der Zusammenarbeit mit den europäischen Notenbanken trat nach dem Wochenende vom 25./26. November eine spürbare Beruhigung auf den Gold- und Devisenmärkten ein. Damit kann die Periode der Verwirrung als vorläufig beendet und der Ansturm, der vor allem in amerikanischen Kreisen als bewusster Angriff De Gaulles auf die Reservewährungsfunktion des Dollars gewertet wird, als abgewiesen betrachtet werden.

IV. Reaktionen auf die Abwertung des Pfundes.

1. Grossbritannien.

Zum drittenmal seit 36 Jahren musste die englische Währung abgewertet werden, und jedesmal fiel diese politisch undankbare Aufgabe einer Labourregierung zu. Am 21. September 1931 verkündete Premierminister Macdonald (Schatzkanzler Snowden) in der Folge einer allgemeinen Flucht aus dem Pfund die Aufhebung des Goldstandards, worauf das Pfund um mehr als 25% an Wert verlor. 1949 griff Premierminister Attlee (Schatzkanzler Cripps) zu einer 30%igen Abwertung, um den britischen Export anzukurbeln.

Die konservative Opposition hat bei der jetzigen Abwertung naturgemäss versucht, aus dem Paritatswechsel möglichst grosses politisches Kapital zu schlagen. Edward Heath griff die Labourregierung und Wilson scharf an und bezeichnete die ergriffenen Massnahmen als den Beweis eines Versagens und als Eingeständnis, dass alle von der britischen Nation in den letzten drei Jahren erbrachten Opfer umsonst gewesen seien. Obwohl die Abwertung für die öffentliche Meinung nicht schockartig kam, da ihr in letzter Zeit verschiedene Pressestimmen die allfälligen Vorzüge einer diszipliniert durchgeführten Paritatskorrektur vorgerechnet hatten, war ein deutlicher Prestigeverlust der Labourregierung sofort fühlbar, und er hat sich in einer Nachwahl in Westderbyshire bereits ausgewirkt. Der konservative Unterhauskandidat konnte seine Mehrheit gegenüber 1966 verdoppeln, und der liberale Konkurrent verwies den Labourkandidaten auf den dritten Platz.

Wie weit der Zusammenhalt der Labourfraktion im Unterhaus durch diesen Abwertungsbeschluss gestärkt wurde, wird die Zukunft zeigen. Nach einem Korrespondentenbericht der NZZ aus London glauben viele Beobachter, dass Wilson mit einer gefährlichen internen Revolte hätte rechnen müssen, wenn er versucht hätte, die Pfundparitat ein weiteres Mal über die Interessen der Labourpartei zu stellen. Ob jedoch der linke Labourflugel, der sich im Laufe des Jahres immer stärker gegen die Restriktionspolitik der Regierung gewandt hatte, seinen Widerstand angesichts des verschärften Restriktionskurses und vor allem der absoluten Notwendigkeit der Lohndisziplin aufgeben wird, ist jedenfalls zweifelhaft.

Schliesslich ist die von Wilson anlässlich der Verkündung des Abwertungsbeschlusses affichierte Einigkeit des Kabinetts insofern in die Brüche gegangen, als Schatzkanzler Callaghan keine zwei Wochen danach von seinem Posten zurücktreten musste.

Auf Spekulationen über die Auswirkung der Abwertung auf die britische Wirtschaft soll hier nicht eingetreten werden. Hingegen sei vermerkt, dass die Abwertung der Währungen Irlands, Dänemarks, Israels, Neuseelands und Spaniens sich insofern günstig auswirken wird, als Grossbritannien aus diesen Ländern einen grossen Teil seiner Nahrungsmittel bezieht. Diese werden auf dem britischen Markt keine Teuerung verzeichnen, was den Preisanstieg voraussichtlich dämpfen dürfte.

2. Die Schweiz.

Die Nachricht von der Abwertung des britischen Pfundes wurde in der Schweiz mit Ruhe aufgenommen. Nachdem der Bundesrat am Sonntagvormittag beraten hatte, gab er das von der Presse mit "lakonisch" qualifizierte Communiqué heraus: "Der Bundesrat gibt im Einvernehmen mit dem Direktorium der Schweizerischen Nationalbank bekannt, dass eine Abwertung des Schweizerfrankens nicht bevorsteht". Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums der Nationalbank, unterstrich diesen Entschluss, indem er erklärte, dass es für alle massgebenden schweizerischen Stellen zum vorneherein feststand, dass der Franken vom Währungsschritt in England in keiner Hinsicht berührt werden würde. Die schweizerische Währung dürfe als die stärkste Währung der Welt bezeichnet werden, nicht nur dank der einzigartigen Goldreserve, sondern auch, weil die Wirtschaftsstruktur des Landes in jeder Hinsicht solid sei (Tagesanzeiger vom 20.11.).

Was die Auswirkungen der in den verschiedenen Ländern vorgenommenen Abwertungen auf die Schweiz betrifft, hat die Schweizerische Nationalbank in der beigelegten Tabelle eine Uebersicht über den betroffenen Aussenhandelsverkehr zusammengestellt und in einer Studie zu diesem Problem wie folgt Stellung genommen:

"Comme l'activité économique anglaise s'est ralentie ces dernières années et que la poussée de la demande a diminué, il est à prévoir que la dévaluation de la livre aura un effet un peu plus marqué sur nos exportations que la surtaxe douanière de 16% que le gouvernement britannique avait instaurée en 1964, mais cet effet s'atténuera dans la mesure où les prix intérieurs anglais augmenteront par suite de la dévaluation. Les produits hautement spécialisés de notre industrie des machines et des appareils seront naturellement soumis à une concurrence moins forte que les branches, comme la confection ou les textiles, où l'industrie anglaise était déjà tout à fait compétitive. Ses principaux concurrents n'ayant pas dévalué, notre industrie horlogère n'éprouvera pas un handicap dans le domaine des coûts, mais la vente des montres suisses deviendra plus difficile en Angleterre, en Espagne et à Hong Kong, c'est-à-dire sur trois marchés importants. La dévaluation de la livre aura des conséquences défavorables sur l'industrie suisse du tourisme. Selon une nouvelle de Londres, les agences de voyages se montrent assez pessimistes quant aux vacances à l'étranger des sujets britanniques. D'après la même nouvelle, on s'attend à ce que beaucoup de personnes qui avaient retenu des chambres dans les stations de sport d'hiver les décommandent. L'allocation de 50 livres qui ne paraît pas devoir être accrue, se trouve amenuisée par la dévaluation tandis que le coût des transports augmente. La dévaluation de la livre toucherait particulièrement les voyages organisés, où les prix calculés au plus juste, pourraient difficilement être abaissés. Enfin on estime que la dévaluation de la peseta pourra attirer en Espagne de nombreux estivants européens et que notre industrie hôtelière s'en ressentira l'été prochain.

En ce qui concerne les exportations anglaises en Suisse, il faut défalquer du pourcentage de dévaluation environ 6% pour tenir compte de la suppression des ristournes à l'exportation et de l'augmentation du coût des matières premières importées. Il restera néanmoins aux exportateurs une marge de 8 à 9% qui leur permettra d'accroître leurs marges bénéficiaires ou de réduire leurs prix en francs suisses. L'évolution du volume des

ventes anglaises en Suisse dépendra dans une large mesure du dynamisme des exportateurs britanniques. Divers modèles d'une marque de voitures anglaises sont actuellement vendus en Suisse avec des rabais de 8 à 12%."

3. Die Vereinigten Staaten.

Die handelspolitischen Auswirkungen der Pfundabwertung auf die Vereinigten Staaten wurden in den Presseberichten der letzten Wochen kaum erwähnt, und auch die offiziellen Kreise Washingtons scheinen sich, ihren Verlautbarungen zufolge, über die Rückwirkungen, welche die verstärkte englische Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt und die Verteuerung der für Grossbritannien bestimmten Exporte auf die amerikanische Wirtschaft haben könnte, keine übertriebenen Sorgen zu machen. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, dass amerikanische Unternehmen nicht nur durch direkte Exporte, sondern auch mittels eigener Produktionsbetriebe in den bedeutenden Weltmärkten vertreten sind und andererseits die unmittelbar betroffene Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Grossbritannien keinen allzu grossen Teil seines Exportvolumens ausmacht (1966 ca. 5,5%).

Viel schwerer fällt jedoch ins Gewicht, dass die Frage nach der Auswirkung der Abwertung auf die amerikanische Handelsbilanz vom Kampf um den Dollar völlig überschattet wurde, dessen Schicksal als Reservewährung derart eng mit demjenigen des Pfundes verbunden ist, dass die Vereinigten Staaten die Situation nicht so sehr vom Standpunkt der Konkurrenz zu Grossbritannien aus beurteilten, sondern sich vielmehr von währungspolitisch bedingten Solidaritätserwägungen leiten liessen. Die Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 4 1/2% liefert kein Gegenargument zu dieser grundsätzlichen amerikanischen Haltung. Diese zinspolitische Massnahme wurde zwar in Reaktion auf die Abwertung ergriffen, um zu verhindern, dass das Zinsgefälle zwischen London und New York die amerikanische Zahlungsbilanz über Gebühr belaste. Sie darf aber nicht einfach als Gegenoffensive auf die Steigerung der britischen Bankrate betrachtet werden: Sie unterstrich vielmehr den Willen der amerikanischen Regierung, die Dollarparität aufrechtzuerhalten, und der Verzicht

- 14 -

darauf hätte in Devisenhandelskreisen diesbezüglich leicht zu folgenschweren Missverständnissen Anlass geben können.

Die Vereinigten Staaten mussten stets damit rechnen, dass eine Pfundabwertung Rückwirkungen auf die eigene Währung haben würde, und man durfte angesichts des chronischen Zahlungsbilanzdefizites die zu erwartende Spekulationswelle gegen den Dollar trotz den erwähnten Ressourcen nicht bagatellisieren. Washington hat aus diesem Grunde über Jahre hinweg in Uebereinstimmung mit der britischen Regierung die Position des Pfundes verteidigt, indem es unter anderem die Hauptlast der Pfundstützungsaktionen trug, und man darf wohl annehmen, dass die amerikanische Regierung anlässlich der britischen Sondierungen über die bevorstehende Abwertung ein entscheidendes Wort über deren Höhe mitgesprochen hat.

Der Abwertungsbeschluss wurde in Amerika positiv aufgenommen. Mit Befriedigung wurde vermerkt, dass die Abwertung ihres massvollen Prozentsatzes wegen einerseits keine Kettenreaktion auslöste und andererseits keine schwerwiegenden Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft haben wird. Darüber hinaus ist man an einer Sanierung der britischen Währung interessiert, weil damit ein Unsicherheitsfaktor, der während Jahren die Devisenmärkte belastete, zumindest vorübergehend verschwindet und in naher Zukunft keine weiteren internationalen Stützungsaktionen eingeleitet werden müssen. Inwieweit sich in die amerikanische Stellungnahme auch eine gewisse Genugtuung über die Tatsache hineinmischt, dass die Bedeutung des Dollars als Reservewährung nach der Pfundabwertung gestiegen ist, bleibe dahingestellt. Ausführungen der "Los Angeles Times", wonach der Dollar nunmehr die "unequivocal major currency" der freien Welt geworden sei (Los Angeles, 21.11.) sowie entsprechende Darstellungen in der europäischen Presse lassen indessen erkennen, dass dieses emotionelle Moment mitspielt.

Schliesslich wird die Abwertung des Pfundes auf innenpolitischem Gebiet möglicherweise Rückwirkungen haben. Die Schweizerische Botschaft in Washington hat von autorisierter amerikanischer Seite das Eingeständnis erhalten, dass der weitaus wichtigste Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Dollar darin bestehe, das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz auszuglei-

./.

chen (Washington, 5.12.). Die Administration Johnson hat denn auch eine Reihe von Sanierungsmassnahmen in Aussicht genommen, unter denen die Erhöhung der direkten Bundessteuern um 10% wohl den entscheidendsten Eingriff darstellt. Bisher ist die Steuererhöhungsvorlage jedoch im Kongress auf unüberwindlichen Widerstand gestossen, und Präsident Johnson benützte nun die mit der Pfundabwertung sichtbar gewordene Bedrohung des Dollars, um nochmals auf eine Annahme seiner Vorlage zu dringen. Ob diese Bedrohung in der Öffentlichkeit stark genug empfunden wurde, um es den massgebenden Leuten im Kongress zu erlauben, ohne Prestigeverlust auf die Vorbereitung der notwendigen Beschlüsse einzutreten, ist vorläufig noch eine offene Frage.

4. Länder des Sterlingraumes.

Es ist bemerkenswert, dass eine Reihe der bedeutendsten Angehörigen des Sterlingblockes, so unter anderem Indien, Pakistan, Australien, Südafrika und Nigeria, dem Abwertungsbeschluss nicht gefolgt sind und dies trotz ihrer aus der folgenden Tabelle (nach OECD-Handelsstatistik) ersichtlichen engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Grossbritannien.

<u>Land</u>	<u>Export nach Grossbrit. US-£</u>	<u>% des Gesamt- exportes</u>	<u>Import aus Grossbrit. US-£</u>	<u>% des Gesamt- importes</u>
Indien	335 Mio	ca. 23%	271 Mio	ca. 10%
Pakistan	90 Mio	ca. 10%	148 Mio	ca. 17%
Australien	603 Mio	ca. 20%	727 Mio	ca. 22%
Südafrika	634 Mio	ca. 38%	694 Mio	ca. 30%
Nigeria	316 Mio	ca. 40%	188 Mio	ca. 26%.

Einige der aufgeführten Länder, so beispielsweise Pakistan und Nigeria sehen sich allerdings gezwungen, weitgehende Massnahmen zu ergreifen, um sich gegen die negativen Auswirkungen der britischen Abwertung zu schützen. Dennoch lassen diese zahlreichen Beschlüsse zur Aufrechterhaltung der Währungsparität zwei Tatsachen hervortreten: Die schwindende Bedeutung für diese Länder sowohl des britischen Marktes als auch des Pfund Sterling als Reservewährung, und

- 16 -

damit im Zusammenhang die Möglichkeit und auch der Wille zur Emanzipation vom ehemaligen englischen Mutterland. In dieser Beziehung stellt die Radio- und Fernsehansprache des Premierministers von Australien, H. Holt, ein überaus aufschlussreiches Dokument dar. H. Holt bezeichnete den Beschluss zur Aufrechterhaltung der Parität des australischen Dollars als historisches Ereignis. Die australische Nation sei mündig geworden und könne dank der Diversifizierung seiner Produktion und einer Verbreiterung der Absatzbasis, wobei Japan an die erste Stelle der Abnehmer gerückt sei, währungspolitisch nunmehr auf eigenen Füßen stehen. "The Australian Dollar today is a currency in its own right. It has to stand on its own feet and it has shown itself capable of doing so".

Indiens Finanzminister Desai hat den Beschluss der Regierung mit der Feststellung begründet, dass die britische Abwertung für Indien keine allzu grossen Rückwirkungen haben werde. Die schweizerische Botschaft in New Delhi hält jedoch diese Behauptung trotz der durch die Abwertung der Rupie im Juni 1966 (um 35,5%) erreichten Verbesserung der Exportsituation für zu optimistisch, da Grossbritannien als Importeur den zweiten und als Exporteur immer noch den ersten Platz in der indischen Handelsbilanz einnimmt (New Delhi, 22.11.).

Die Entscheidung Pakistans scheint unserer Botschaft in Karachi zufolge sowohl von wirtschaftlichen als auch von Prestigeüberlegungen beeinflusst worden zu sein, wobei, so wird bemerkt, vielleicht Waffenbestellungen, die in bar bezahlt werden müssen, eine nicht geringe Rolle spielten (Karachi, 24.11.).

Der Finanzminister Südafrikas, Diederich, stellte den Beschluss der Regierung in den Rahmen der Inflationsbekämpfung, wobei zugleich augenscheinlich gemacht werden soll, dass die Republik nicht mehr vollständig vom Sterlingblock abhängt (Pretoria, Tg. 20. 11.). Neben der Landwirtschaft gaben vor allem die Goldminenunternehmen ihrer Enttäuschung über die Aufrechterhaltung der Parität des Rand Ausdruck, da eine Abwertung insbesondere die schwierige Lage der sogenannten "Marginalminen" erleichtert hätte, deren Produktionskosten durch den offiziellen Goldpreis kaum mehr gedeckt werden.

./.

- 17 -

Es mag sein, dass die Regierung die Gewinnmargen der Goldförderungsindustrie im Gesamten gesehen noch für ausreichend hält.

Was die ostafrikanischen, dem Sterlingblock ebenfalls angehörenden Länder Kenia, Uganda und Tanzania betrifft, haben die Finanzminister und Staatsbankgouverneure der drei Länder gemeinsam beraten und beschlossen, am gegenwärtigen Kurs festzuhalten. Der Handelsverkehr der drei Länder mit Grossbritannien ergab 1966 Importe im Werte von 88 Mio £stg und Exporte im Werte von 80 Mio £stg bei einem Total von 210 Mio £stg Einfuhr und 240 Mio £stg Ausfuhr. Die Schweizerische Botschaft in Nairobi macht darauf aufmerksam, dass besonders im Touristenland Kenia ein Druck der Tourismus-Organisationen sowie der Exporteure sich spürbar mache, damit die Abwertung doch noch vorgenommen werde. Unsere Vertretung glaubt aber nicht, dass Kenia auf seinen Beschluss zurückkommt, und sie führt zur Unterstützung dieser Vermutung an, dass für die Öffentlichkeit das gemeinsame Auftreten der drei Länder als ein Beweis für die Gesundheit ihrer Währungen und für die Lebensfähigkeit der am 1. Dezember 1967 formell in Kraft getretenen East African Community gilt (Nairobi, 27.11.).

Nigeria hat die Parität seines Pfundes (= 2,80 US-\$) belassen, gleichzeitig aber Zollerhöhungen vorgenommen und über gewisse Waren (Eier, Früchte, Fleisch) Importsperrren verhängt, um den ohnehin schon bedeutenden Devisenschwund nicht zu verstärken (Lagos, 24.11.).

In Rhodesien nahm Premierminister Ian Smith die britische Abwertung zum Anlass, seiner Genugtuung über die bei dieser Gelegenheit manifest gewordene währungspolitische Unabhängigkeit von Grossbritannien Ausdruck zu geben. Da England nur noch einen verschwindend kleinen Posten seiner Ausfuhr aufnimmt, hatte Rhodesien allerdings keinen Grund zur Abwertung. Sein Hauptproblem besteht, einem Bericht unseres Konsulates in Salisbury zufolge, ohnehin darin, die Sanktionsschranken zu umgehen, und dabei spielt die Preisfrage eine untergeordnete Rolle (Salisbury, 21.11.). Dass sich die Unabhängigkeit von Grossbritannien indessen nur zum Preis der Abhängigkeit von Südafrika erkaufen

./.

- 18 -

liess, geht aus der folgenden Stelle des genannten Berichts hervor: "Die rhodesischen Behörden haben mit ihrem Entscheid zugewartet, bis Klarheit über die Stellungnahme der südafrikanischen Regierung hinsichtlich des Rand bestand. Noch am Wochenende hielt man hier eine Abwertung der südafrikanischen Währung für durchaus möglich. Bei der engen Verflechtung auf monetärem und kommerziellem Gebiet zwischen den beiden Ländern und im Hinblick auf die beträchtlichen Investitionen Südafrikas in Rhodesien hätte aber auch Salisbury einer allfälligen Wertveränderung des Rand in vollem Ausmass folgen müssen".

Unter den Ländern des Sterlingraumes, die der Bedrohung durch die britische Abwertung mit einer Abwertung begegnen mussten, sind vor allem Irland und Neuseeland zu nennen. Beide Staaten sind in ihrem Aussenhandelsverkehr in einem ausserordentlichen Umfang an Grossbritannien gebunden. Irland exportiert Waren im Werte von 4'731 Mio US-\$ (= 69% der Gesamtausfuhr) nach Grossbritannien, während der Import 5'410 US-\$ (= 52% der Gesamteinfuhr) ausmacht. Die entsprechenden Zahlen für Neuseeland lauten:

Ausfuhr: 524 Mio US-\$ (= ca. 49%)
Einfuhr: 357 Mio US-\$ (= ca. 33%).

Die Parität des irischen Pfundes ist gemäss der "Currency Act" von 1927 an das britische Pfund gebunden, weshalb es jeder Wechselkursänderung der britischen Währung unterworfen ist. Einem Bericht unserer Botschaft in Dublin zufolge wies der Finanzminister in einem Exposé, worin er den Entschluss der irischen Regierung begründete, auf diesen Umstand hin mit der Erklärung, dass das genannte Gesetz zwar innert kürzester Frist hätte abgeändert werden können, wovon die Regierung jedoch mit Vorbedacht abgesehen habe. Die Abwertung sei indessen nicht erfolgt, weil Irland in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht vollständig von England abhängt, "wie viele Leute sich anmassen zu behaupten", sondern es habe sich dabei um einen freien Entschluss der Regierung gehandelt, der nach Prüfung verschiedener Alternativen gefasst worden sei. Die Botschaft in Dublin bemerkt dazu, dass diese Nuancierung das Bestreben verberge, das Gesicht der

./.

politischen Unabhängigkeit zu wahren, und sie erklärt: "Obschon Irland politisch absolut souverän ist - es gehört nicht einmal dem Commonwealth an - ist es wirtschaftlich doch so stark mit England verkettet, nicht zuletzt durch den Freihandelsvertrag, dass nur politische Hitzköpfe ohne wirtschaftliche Weitsicht um jeden Preis einen eigenen Weg gehen wollen." (Dublin, 2.12.).

Während sich für Irland also aus einem Verharren auf der alten Dollarparität des irischen Pfundes eine wirtschaftlich untragbare Situation ergeben hätte, war für Neuseelands Entschluss, mit einem Satz von 19,6% eine grössere Abwertung als Grossbritannien vorzunehmen, neben den Auswirkungen der britischen Massnahme insbesondere das starke Absinken der Wollpreise auf dem Weltmarkt entscheidend (Wellington, 22.11.). Die Abwertung, die sich vermutlich auch ohne britisches Vorbild früher oder später aufgedrängt hätte, ist denn auch von scharfen Restriktionsmassnahmen begleitet.

5. Die Länder des Gemeinsamen Marktes.

Die britische Abwertung war für die Länder der EWG ein Solidaritätstest, der bis zu einer bestimmten Grenze positiv verlaufen ist. Das Konsultationsverfahren funktionierte geräuschlos und zuverlässig. Nacheinander traten Währungsausschuss, Europäische Kommission, Finanzminister und Aussenminister zusammen, und die sechs Regierungen beschlossen, den abwertenden Ländern den vollen Abwertungsgewinn zu belassen, was zusammen mit der vom französischen Finanzminister Michel Debré am 20. November abgegebenen Erklärung, dass die EWG keine Massnahmen für den Schutz ihrer Märkte gegen die Einfuhr britischer Waren ergreifen werde, als eine freundliche Haltung gegenüber Grossbritannien gewertet werden kann. Es ist allerdings beizufügen, dass sich die Zuständigkeit der einzelnen Regierungen, Drittländern den vollen Abwertungsgewinn zu belassen, auf die Industrieproduktion beschränkt. Das für den Agrarmarkt geschaffene System der Abschöpfung, die sich bei einer Verbilligung der Einfuhrpreise normalerweise automatisch erhöht, sowie die ebenfalls sich erhöhenden Rückerstattungen an die Agrarexporteure haben zur Folge, dass der Abwertungseffekt für die abwertenden Länder zunichte gemacht wird. ./.

Ein Vergleich der individuellen Reaktionen der verschiedenen Länder ergibt weitere auffallende Uebereinstimmungen. Alle sechs Regierungen halten offiziell die britische Abwertung für eine zwar unvermeidbar gewordene aber dennoch mutige Massnahme des britischen Kabinetts, und sie betrachten deren Höhe als vernünftig; sie erwarten auch gewisse negative Rückwirkungen auf die eigenen Exportindustrien, sind aber bereit, die zu erwartenden kurzfristigen Verluste dem allgemeinen Interesse an einer Erstarkung der Wirtschaft und der Zahlungsbilanzposition Grossbritanniens unterzuordnen, die sich, auf lange Frist gesehen, auf die eigene Wirtschaft nur günstig auswirken kann. Schliesslich hat keines der Länder nennenswerte Verluste erlitten, da das Pfund Sterling in der EWG praktisch nicht als Währungsreserve verwendet wird und ungesicherte staatliche Kredite kaum bestanden haben dürften. "Null komma Null" betrage der Verlust, den die Niederländische Bank durch die Abwertung erlitten habe, so lautete beispielsweise der trockene Kommentar ihres Präsidenten, Professor Zijlstra (Den Haag, 25.11.).

In der wohl brennendsten Frage, die sich im Zusammenhang mit der britischen Abwertung stellte, ob nämlich Grossbritannien damit den "Eintrittspreis" für die EWG bezahlt habe, scheinen die Meinungen auseinanderzugehen. In verhandlungstaktischer Hinsicht gilt zwar, wie in einer Studie des Integrationsbüros vom 19. September 1967 festgehalten wird, dass die EWG in den Zahlungsbilanz- und Währungsfragen nicht gespalten ist, da für alle EWG-Länder eine identische Interessenlage besteht, aus der heraus sie einen Beitritt Grossbritanniens zum Gemeinsamen Markt nicht zustimmen können, bevor das Pfundproblem gelöst ist. Während nun aber fünf Staaten, sofern man auf offizielle Verlautbarungen und Aeusserungen von Regierungsmitgliedern abstellt, auch nach der Abwertung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eintreten, hat der französische Aussenminister Couve de Murville bereits am 20. November in Brüssel das Argument des Wartens auf den britischen Zahlungsbilanzausgleich und die Unsicherheit der ausländischen Sterlingguthaben wieder in den Vordergrund gestellt. Die Pressekonferenz De Gaulles vom 28. November zeigte dann deutlich, dass die Auseinandersetzung um den britischen Beitrittsantrag durch die Abwertung keinesfalls entschärft worden ist. Sollten die Auswirkungen der Abwertung und ./.

der Restriktionsmassnahmen sich in der britischen Zahlungsbilanz niederschlagen und diese dadurch aktiv werden, wie dies englischerseits erwartet wird, so wäre die Verhandlungsposition Grossbritanniens zweifellos gestärkt. Indessen wurde an der Reservefunktion des Pfund Sterling nichts geändert, und die Auslandverschuldung bleibt ebenfalls gross. Es sind aber gerade diese beiden Fakten, in denen vor allem Frankreich ein Hindernis für den britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften sieht.

In den Pressereaktionen Frankreichs lässt sich ein gewisser Pessimismus in bezug auf den Erfolg der Abwertung feststellen. Während "Le Monde" diesem Pessimismus mit Betrachtungen über die Strukturschwächen der britischen Wirtschaft, in Analysen der Verschuldung Grossbritanniens und Hinweisen auf die in unsichere Hände abgewanderten ausländischen Pfundguthaben Ausdruck gibt, affizieren ihn andere Zeitungen mit reisserischen Titeln (so z.B. "Combat" vom 20.11.: "Une mesure inutile"). In die Kommentare mischt sich Stolz auf die Stabilität der eigenen Währung und eine gewisse Genugtuung sowohl über den Prestigeverlust Grossbritanniens als auch darüber, dass die französische Schwarzmalerei hinsichtlich der Schwäche der britischen Wirtschafts- und Zahlungsbilanzstruktur sich als gerechtfertigt erwiesen hat.

Aehnliche Reaktionen auf die Abwertung sind überraschenderweise auch in den Niederlanden, die wohl als die überzeugtesten Befürworter des britischen Beitritts gelten können, festzustellen. Aus Äusserungen führender Persönlichkeiten und aus Pressekommentaren zieht unsere Botschaft in Den Haag das Fazit, dass neben allem Verständnis, das man dem drastischen Schritt der Abwertung entgegenbringt, vielfach auch eine gewisse Genugtuung, ja fast Schadenfreude über den Prestigeverlust Grossbritanniens festzustellen ist: "Das auch den Niederlanden gegenüber oft so hochmütige Albion muss abwerten, und in Holland kann man es sich erlauben, diesem Schritt nicht zu folgen" (Den Haag, 23.11.). Die Niederlande sind jedoch bereit, die Opfer, die ihnen die britische Abwertung auferlegt, zu tragen und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie dieselben als einen "positiven Faktor" in den Entwicklungen betrachten, "die zum Beitritt Grossbritanniens in die EWG führen müssen", und ein wirtschaftlich gesundes Eng-

- 22 -

land einen wertvollen Partner für Westeuropa darstellen wird. Der Enttäuschung über die französische Haltung wird denn auch unverhohlenen Ausdruck gegeben (Den Haag, 23.11.).

In ähnlicher Richtung weisen die Ueberlegungen und Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland. Die offiziellen Stellen haben seit der Abwertung nichts unterlassen, um dem Willen zur Unterstützung des britischen Beitrittswunsches Ausdruck zu geben und insbesondere durch die Uebernahme der grössten Quote des IWF-Darlehens (270 Mio \$) ihr Interesse an einer Gesundung der britischen Wirtschaft dokumentiert. Unverkennbar ist die Befriedigung der Regierung darüber, dass durch die Pfundabwertung die Gerüchte um eine Aufwertung der D-Mark, die von den Vertretern der Idee eines gleitenden, der Konjunktur anzupassenden Wechselkurses angesichts der gegenwärtigen grossen Ueberschüsse der Handelsbilanz gefordert wird, vorläufig ein Ende finden (Köln, 27.11.). Es mag noch eine von der Schweizerischen Botschaft in Köln als bemerkenswert bezeichnete Warnung der "Frankfurter Allgemeine" an die eigenen Landsleute folgenden Inhalts angeführt werden: "Wohl bestünden hier (in Deutschland) nicht dieselben sozialen Spannungen wie in England, wo eine Oberschicht oft Talente nur deswegen von Führungspositionen ausschliesst, weil sie aus den unteren Kreisen stammen. Jedoch sei die BRD auf dem besten Wege, dem englischen Beispiel nachzueifern, mit Wohlfahrtsstaat, dadurch bedingten untragbaren Steuerlasten, mit der inflatorisch wirkenden Voll- oder Ueberbeschäftigung und den Forderungen der Gewerkschaften. Auch hierzulande bestehe die Neigung zu noch mehr Staat, noch mehr Kollektivierung, während die Privatinitiative zurückgedrängt werde und es sei höchste Zeit, dass sich die Politiker dieser Gefahren bewusst würden" (Köln, 27.11.).

In den Stellungnahmen Italiens und Belgiens fällt insbesondere die Betonung der Stärke und Stabilität der eigenen Währungen und allgemein der wirtschaftlichen Prosperität auf. Italiens wirtschaftliche Position, so hiess es in der offiziellen Verlautbarung der Regierung, gestatte es, den Ereignissen auf monetärem Gebiet in Ruhe entgegenzusehen, und Schatzminister Colombo erklärte,

./.

dass Italien schon deshalb die Abwertung nicht habe mitmachen müssen, weil es sich günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse erfreue und eine erhebliche Wettbewerbskapazität aufweise. In gleichem Sinne erklärte der belgische Premierminister Van den Boeynants wiederholt, dass die Stellung des belgischen Frankens ausserordentlich stark sei und sich Belgien in dieser Hinsicht keine Probleme stellen würden.

Aus dem Gesagten mag der Eindruck entstehen, als sei der Gemeinsame Markt überbordender wirtschaftlicher Stärke wegen gegen die Auswirkungen der britischen Abwertung gefeit. Die folgende Tabelle zeigt jedoch, dass wohl der stärkste Beruhigungsfaktor darin liegt, dass der Handelsverkehr mit Grossbritannien zwar von unterschiedlicher aber nicht entscheidender Bedeutung für die EWG-Länder ist:

Handelsverkehr EWG - Grossbritannien

(Gemäss OECD-Statistik in US- $\text{\$}$; runde Werte)

<u>Land</u>	<u>Export nach % des Gesamt-</u>		<u>Import aus % des Gesamt-</u>	
	<u>Grossbrit.</u>	<u>exportes</u>	<u>Grossbrit.</u>	<u>importes</u>
	<u>US-$\text{\\$}$</u>		<u>US-$\text{\\$}$</u>	
B R D	782 Mio	3,8 %	777 Mio	4,3 %
Frankreich	499 Mio	4,5 %	585 Mio	4,8 %
Italien	382 Mio	4,7 %	402 Mio	4,6 %
BE/LUX	322 Mio	4,7 %	531 Mio	7,6 %
Niederlande	555 Mio	8,2 %	668 Mio	6,1 %

Was die in den einzelnen EWG-Ländern unter anderem betroffenen Produktionszweige betrifft, machen sich in der BRD vor allem die Reedereien sowie die Chemie-, Maschinen und Textilindustrie auf eine empfindliche Verschlechterung ihrer Absatzsichten gefasst. Frankreich wird ebenfalls auf dem Maschinen- und Textilsektor sowie in der Motorfahrzeugindustrie Rückschläge befürchten müssen. Angesichts der Tatsache, dass innerhalb des allerdings bescheidenen französisch-britischen Warenaustausches die Briten ihre Ausfuhren nach Frankreich in den letzten Jahren wesentlich stärker steigern konnten als die Franzosen ihre Ausfuhr nach Grossbritannien, befürchtet man ausserdem eine Exportoffensive der Briten auf dem heimischen Markt.

Sowohl Italien als auch die Niederlande erwarten eine verschärfte Konkurrenz auf dem Agrarsektor, wobei der ähnlichen Produktion wegen Italien von den Abwertungsländern Israel und Spanien, die Niederlande von den Abwertungsländern Dänemark und Neuseeland bedrängt werden dürften, soweit sie nicht durch den oben angeführten Agrarmechanismus der Wirtschaftsgemeinschaft geschützt werden. Die britische Abwertung und Restriktionspolitik selber wird in Italien Rückwirkungen auf den Textilmarkt und den Tourismus haben, während sie neben den deutschen auch die niederländischen Reedereien und Schiffswerften einer ernsthaften Bedrohung aussetzt. Einem Bericht unserer Botschaft in Den Haag zufolge erwarten die Schiffsgesellschaften insbesondere in den Fahrtgebieten, in denen die Schiffsfrachten in Pfund Sterling notiert werden, einen "ruinösen" Rückgang der Einnahmen vor allem für die kleineren Unternehmen, die sich ohnehin bereits in einer schwierigen finanziellen Lage befinden (Den Haag, 23.11.).

6. Spanien, Portugal, Oesterreich.

Handelsverkehr mit Grossbritannien

(OECD-Statistik)

<u>Land</u>	<u>Export nach Grossbrit. US-\$</u>	<u>% des Gesamt- exportes</u>	<u>Import aus Grossbrit. US-\$</u>	<u>% des Gesamt- importes</u>
Spanien	1357 Mio	10,8 %	3150 Mio	9,3 %
Portugal	200 Mio	19,1 %	139 Mio	13,1 %
Oesterreich	71 Mio	14,2 %	137 Mio	5,7 %.

Die Regierung Spaniens hat auf die britische Abwertung äusserst schnell reagiert, indem sie die Peseta gleichentags (18.11.) um 16,66 % abwertete. Die offiziellen Stellen begründeten den Entschluss mit der britischen Massnahme, obwohl der eher bescheidene Aussenhandelsverkehr mit Grossbritannien die Notwendigkeit nicht unbedingt erkennen lässt. Die Schweizerische Botschaft in Madrid erklärte denn auch dazu: "Der für jedermann unerwartete Entscheid der spanischen Regierung erweckt den Eindruck, als ob die englische Abwertung als willkommene Gelegenheit wahrgenommen worden sei, um auch die spanische Peseta, der latent seit etwa zwei Jahren ein ähnliches Schicksal drohte, ohne viel Aufsehen zu erregen

und ohne sich mit einer zu grossen Verantwortung zu belasten, schliesslich abzuwerten" (Madrid, 22.11.). Einem Korrespondentenbericht der NZZ (24.11.) aus Madrid zufolge hat die Abflachung der steigenden Fremdenverkehrskurve sowie die Konkurrenz mit Israel auf dem Agrumenmarkt wesentlich zum Entschluss der Regierung beigetragen. Die scharfen Restriktionsmassnahmen, die im Gefolge der Abwertung von Madrid dekretiert wurden (Preis- und Lohnstopp, Abschaffung von 350 Regierungsämtern, Erhöhung der Gewinnsteuer) sowie die Aeusserung des spanischen Handelsministers vor der Presse, man werde mit "maximaler Härte" gegen die Firmen vorgehen, die ihre Preise heraufgesetzt haben, zeigen jedoch deutlich, dass es sich bei der Peseta-Abwertung nicht um eine Reaktion auf die Abwertung des Pfund Sterling handelt, sondern eine Sanierung der gesamten Wirtschaftslage bezweckt wird.

Trotz der relativ engen Verbindung Portugals mit dem britischen Markt konnte die Regierung in Lissabon von einer Abwertung des Escudos absehen. Unsere Botschaft in Lissabon führt neben der Furcht vor einer Inflation vor allem Prestige Gründe als entscheidenden Faktor an. Portugal wolle den Escudo, der im Vergleich zu anderen Währungen als stabil gilt, umso weniger aufs Spiel setzen, als es über eine positive Zahlungsbilanz und beträchtliche Devisenreserven verfüge. Die Schweizerische Botschaft führt überdies aus: "on ne cache pas, en outre, que si la dernière dévaluation de l'escudo remonte à 1949 et a résulté de la dépréciation de la livre, actuellement le Portugal tient à démontrer qu'il dépend moins aujourd'hui de la Grande-Bretagne que par le passé" (Lissabon, 21.11.).

Die entgegengesetzte Reaktion der beiden iberischen Länder wird vor allem auf das Konkurrenzverhältnis im Tourismus und in der Ausfuhr von Wein, Kork und Harzen einen bedeutenden Einfluss zugunsten Spaniens ausüben.

Unserer Botschaft in Wien zufolge wurde die Pfundabwertung in den eingeweihten Kreisen Oesterreichs mit Ruhe aufgenommen (Tg. Wien, 20.11.). Der Vizepräsident der Nationalbank, Korp, habe am Radio feierlich versichert, dass Oesterreich der

britischen Massnahme nicht folgen werde, da der Schilling zu über 82 % durch Gold und harte Währungen gedeckt sei und die Nationalbank überdies keine Reserven in Pfund Sterling angelegt habe. Diese optimistische Beurteilung wurde in der Folge durch das Eingeständnis, dass eine Abwertung dem Land infolge der grossen Auslandverschuldung mehr Nach- als Vorteile gebracht hätte (Tg. Wien, 23.11.) etwas gedämpft und schliesslich kam es zu Spekulationen über eine mögliche Abwertung des österreichischen Schillings, was süddeutsche Banken dazu veranlasste, die Annahme österreichischen Geldes zu beschränken. Eine Intervention der österreichischen Nationalbank bei der Deutschen Bundesbank sowie kategorische Erklärungen des österreichischen Finanzministers Schmitz bereiteten den Spekulationen ein Ende (NZZ vom 28.11.).

In Oesterreich wird vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Fremdenverkehr betroffen, da die Engländer nach den Deutschen das grösste Kontingent von Oesterreichbesuchern stellen. Die deshalb in Tirol erhobene Forderung, einen "Reise-Schilling" mit begünstigtem Wechselkurs zu schaffen, wurde unserer Botschaft zufolge in Wien geprüft, dann aber wieder beiseitegeschoben.

7. Skandinavien.

Handelsverkehr Skandinavien - Grossbritannien

<u>Land</u>	<u>Export nach</u> <u>Grossbrit.</u> <u>US-\$</u>	<u>% des Gesamt-</u> <u>exportes</u>	<u>Import aus</u> <u>Grossbrit.</u> <u>US-\$</u>	<u>% des Gesamt-</u> <u>importes</u>
Schweden	542 Mio	12,5 %	701 Mio	15,3 %
Norwegen	296 Mio	18,9 %	329 Mio	13,7 %
Dänemark	552 Mio	23 %	412 Mio	13,8 %

Trotz des bedeutenden Anteils, den Grossbritannien am Markt der drei aufgeführten skandinavischen Länder hat, schritt lediglich Dänemark zur Abwertung, wobei es mit einem Satz von 7,9 % dem englischen Nachbarn nur auf halbem Wege folgte.

Nachdem die Regierungen der drei Länder am Samstag morgen (18.11.) eine vertrauliche Mitteilung über die britische Abwertung erhalten hatten, trafen sich die Finanzminister am Nachmittag desselben Tages in Stockholm, um gemeinsam über die Lage zu beraten. Schweden hatte dabei von Beginn an erklärt, es werde der Abwertung Grossbritanniens nicht folgen (Oslo, 25.11.). Finanzminister Sträng führte, unserer Botschaft in Stockholm zufolge, später die nachstehenden drei Gründe zur Rechtfertigung des schwedischen Entschlusses an:

- 1) Solidarität mit Grossbritannien, wobei es sich darum handle, die Position der britischen Exportindustrie zu stärken.
- 2) Eine Abwertung würde zwar einigen Industrien während kurzer Zeit Vorteile verschaffen, dagegen aber die Inflationsgefahr erhöhen.
- 3) Schweden habe keine Auslandsschulden, deren Gewicht vermindert werden müsse, und die Stellung der Schwedenkrone sei dank einer Gold- und Dollarreserve im Werte von 6,5 Mia SKr. äusserst stabil.

In Norwegen herrschte gemäss einem Bericht aus Oslo (25.11.) vor allem in Industriekreisen aber auch bei den Schiffahrtsunternehmen und in der Fischerei die Meinung vor, dass die Regierung dem britischen Entschluss zur Abwertung infolge der sehr engen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern werde folgen müssen. Als der gegenteilige Beschluss bekanntgegeben wurde, habe die Presse denn auch nicht sehr begeistert reagiert. Wie in Schweden zogen auch in Norwegen die Regierungsmitglieder Solidaritätserwägungen und Inflationsgefahr zur Begründung des gefassten Entschlusses zur Aufrechterhaltung der Parität bei.

In beiden Ländern wird sich die britische Abwertung vor allem auf die Schifffahrt, die Fischerei und die Holz- und Papierindustrie negativ auswirken, wobei in Norwegen eine zusätzliche Belastung aus dem Umstand erwächst, dass das Land umfangreiche Pfundguthaben (Währungsreserven, in Pfund Sterling abgeschlossene Frachtkontrakte der Schifffahrtsgesellschaften) besitzt und entsprechende Verluste zu tragen hat.

In Dänemark hat die Abhängigkeit der Landwirtschaft vom britischen Markt entscheidenden Einfluss auf den Beschluss zur Abwertung ausgeübt. Vom gesamten dänischen Agrarexport, der stark unter der Einfuhrpolitik der EWG leidet, geht mehr als die Hälfte über die Nordsee, und die Einkommenslage der Bauern hat sich einem NZZ-Korrespondentenbericht zufolge in letzter Zeit derart zugespitzt, dass Massnahmen vorbereitet werden mussten, um den bedrängten Wirtschaftszweig zu unterstützen. Dennoch steht man, wie unser Vertreter in Kopenhagen ausführt (Tg. 20.11.), unter dem Eindruck, der Abwertungsbeschluss sei überstürzt gefasst worden. Erst nachdem der grundsätzliche Entscheid gefällt worden war, sind neben den Oppositionsparteien auch die Wirtschaftskreise befragt worden. Mit Ausnahme der Landwirtschaft, der Fischerei und des Gewerkschaftsbundes sprachen sich fast alle Zweige der Wirtschaft (Industrieverband, Arbeitgebervereinigungen, Bankiervereinigungen, Handelskammern, Handwerker- und Detaillistenverbände) grundsätzlich gegen - bzw. wegen bereits vorliegendem Entscheid - für eine möglichst geringe Abwertung aus, da sie, wie üblich, nur kurzfristigen Gewinn erwarten und Inflation befürchten. Um der Inflationsgefahr zu begegnen, hat die dänische Regierung denn auch eine Reihe von Restriktionsmassnahmen vorgesehen, worunter der Gewinnmargenstop, der die Gewinnaufschläge an den Stand vom 18. November bindet, bereits am Montag (20.11.) eingebracht und vom Parlament gutgeheissen wurde (Kopenhagen, 22.11.).

8. Vorderer Orient und Asien.

Die Auswirkungen der Pfundabwertung machen sich auch in den arabischen Ländern unterschiedlich bemerkbar, je nachdem die Erdölroyalties in Pfund Sterling oder in Dollars ausbezahlt werden. Zu den Pfundempfängern gehören Kuwait und der Irak, die empfindliche Verluste hinnehmen mussten, während Saudiarabien sein Erdöl gegen Dollars liefert und deshalb unberührt blieb.

Allgemein ist bemerkenswert, dass keiner der arabischen Staaten sich zur Abwertung gezwungen sah, was auf die fortschreitende und im Gefolge des Nahostkonfliktes noch akzentuierte währungspolitische Lösung von Grossbritannien schliessen lässt.

- 29 -

Dazu sei festgehalten, dass sich der französische Einfluss in zunehmendem Masse geltend macht. Aus Aegypten, das vorläufig auf einem von den arabischen Staaten anlässlich der Khartoum-Konferenz zugestandenem Darlehenspolster lebt, schreibt unsere Botschaft:

"A la suite de la dévaluation de la livre sterling, le Ministre de l'Economie de la RAU a immédiatement fait des déclarations selon lesquelles cette mesure affectait l'Egypte plutôt favorablement. Il semble en effet que ce pays, écoutant des conseils français, s'était couvert en temps utile contre une dévaluation de la livre sterling et n'en conservait qu'un montant assez modeste. Par contre, elle voit diminuée désormais la charge des créances britanniques, de £ 40 millions selon une déclaration officielle" (Kairo, 22.11.). Als Sir Stafford Cripps 1949 die Abwertung des Pfundes bekanntgab, war Aegypten noch Inhaber von zum Teil blockierten Sterlingguthaben in London im Betrag von 333 Millionen £stg und war deshalb genötigt, abzuwerten.

Aus Beirut schreibt andererseits ein Korrespondent der NZZ (21.11.), dass der Libanon gut abgeschnitten habe, da er seine Reserven in Gold und Dollar halte, und er fügt bei: "Die Kritiker, die seinerzeit die Hortungspolitik der Zentralbank, in der ein französischer Geist herrscht, kritisierten, sahen sich nun eines Besseren belehrt".

Israel, das unserer Botschaft in Tel-Aviv (23.11.) zufolge seit 18 Monaten unter einer wirtschaftlichen Rezession und Arbeitslosigkeit gelitten hatte, wollte die langsam wieder auflebende Konjunktur nicht gefährden. Da Grossbritannien und die anderen Abwertungsländer 25% des gesamten israelischen Exportes aufnehmen und Israel der britischen Konkurrenz in Ländern, die nicht abgewertet haben, nicht hätte begegnen können, bezeichnete Finanzminister Pinhas Saphir die Devaluation des israelischen Pfundes um 14,3 % als durch die britische Abwertung herbeigeführte Zwangsmassnahme. Unsere Botschaft in Tel-Aviv weist demgegenüber darauf hin, dass die Ursache der Abwertung in einer die Wirtschaftstätigkeit behindernden Ueberschätzung des israelischen Pfundes lag. Die Massnahme habe keinerlei Ueberraschung ausgelöst, da sie seit langem erwartet und notwendig geworden war. "La dévaluation de la

./.

- 30 -

livre sterling survenue à un moment opportun, a donné un prétexte aux autorités israéliennes pour prendre une mesure qu'elles savaient être nécessaire à plus ou moins longue échéance. Le gouvernement a beau jeu maintenant de proclamer que la dévaluation a été imposée par les circonstances extérieures et non par la situation économique interne" (Tel-Aviv, 23.11.).

In Entwicklungsländern und in Ländern, die an und für sich sehr reich sind, dagegen aber eine schmale Produktionsbasis haben, wie das bei den kleinen, Erdöl fördernden Staaten der Fall ist, spielen Devisenfragen eine ausserordentlich wichtige Rolle, da ihnen allein der Besitz ausländischer Devisen die Beschaffung von Gütern erlaubt, die sie nicht selber produzieren können. Diese grundlegende Tatsache erklärt, dass im arabischen Raum die britische Abwertung fast ausschliesslich vom Standpunkt der Rückwirkungen auf die Devisenlage betrachtet wurde und Erwägungen über den Einfluss auf den Handelsverkehr dabei in den Hintergrund traten.

Dasselbe gilt für die meisten asiatischen Länder, wobei auch hier die Feststellung gemacht werden kann, dass die Notenbanken ihre Pfundguthaben abgebaut oder durch Sicherungsklauseln "neutralisiert" haben. Laut einem Bericht aus Teheran (20.11.) hat die Bankleitung der Staatsbank von Iran seit einiger Zeit mit einer Pfundabwertung gerechnet und die Sterlingreserven abgebaut, während die iranischen Behörden ihrerseits die Forderungen aus dem Oelgeschäft mit einer Währungsgarantie ausstatteten.

In Thailand konnte der Gouverneur der Thailändischen Bank bekanntgeben, dass nur 9,8 % der Währungsreserven auf britische Pfund lauteten (1957: 25 %) und sich eine Abwertung auch deshalb nicht aufdränge, weil die Haupthandelspartner Malaysia, Singapur, Indien, Japan und die EWG-Länder nicht abgewertet hätten, und die für die Finanzlage wichtigen Reisexporte auf Dollarbasis abgewickelt würden (Bangkok, 22.11.).

./.

Indonesien bietet ein ähnliches Bild. Gemäss offiziellen Verlautbarungen besitzt es praktisch keine Sterlingreserven (Djakarta, 22.11.), wobei man sich angesichts der weltweiten Bemühungen um die Sanierung der wirtschaftlichen Lage des Inselreiches fragen kann, was an Reserven vorhanden sein mag.

Unserer Botschaft in Tokio zufolge kam der britische Abwertungsbefehl für die Bankkreise Japans keineswegs überraschend. Da der japanische Kapitalverkehr auf den Dollar ausgerichtet ist, brauchte man Grossbritannien nicht zu folgen und dies umso weniger, als auch keine entscheidenden Auswirkungen auf den japanischen Aussenhandel befürchtet werden müssen. Wohl wickelt sich ein bedeutender Teil des Handelsvolumens - 22 % der Ausfuhr, 27 % der Einfuhr - mit den Ländern des Sterlingblockes ab, doch betrifft er vor allem Indien und Pakistan, die nicht abgewertet haben. Ausserdem nimmt man allgemein an, dass die Konten mit dem Sterlingblock ausgeglichen sind, so dass auch von dieser Seite kein allzu grosser Schaden entstanden ist. Dennoch muss mit einer verschärften britischen Konkurrenz in Drittstaaten gerechnet werden, was vor allem für die japanische Textil- und Nahrungsmittelindustrie ins Gewicht fällt, während sich die Japaner auf den Hauptsektoren Chemikalien und Schwerindustrie (Stahl, Maschinen, Schiffbau) gegenüber den Briten als überlegen betrachten (Tokio, 22.11.).

9. Lateinamerika.

Das Echo aus den lateinamerikanischen Ländern auf die Pfundabwertung war sehr schwach, was damit zusammenhängen dürfte, dass der südamerikanische Markt vorwiegend auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet ist und in Dollars abgewickelt wird. Der durch die englischen Dockerstreiks in letzter Zeit oft behinderte Handelsverkehr mit Südamerika macht in der britischen Einfuhrstatistik ca. 4 1/2 und in der Ausfuhrstatistik knappe 3 % aus. Angesichts dieses geringen Handelsvolumens und der Tatsache, dass Südamerika mit ständiger Inflation und Abwertung lebt, kann die britische Massnahme keinen nachhaltigen Einfluss auf den südamerikanischen Kontinent ausüben. Die verstärkte Konkurrenzfähigkeit

Neuseelands, Dänemarks, Irlands sowie der tropischen Länder, die abgewertet haben, lässt allerdings gewisse Rückwirkungen auf den Agrarsektor erwarten. Diese sind jedoch nicht so bedeutend, dass beispielsweise Brasilien die Parität des Cruzeiro, der unserer Botschaft in Rio de Janeiro zufolge nach allgemeiner brasilianischer Ansicht um 20 bis 30 % überbewertet ist, geändert hätte. Demgegenüber weist die Botschaft darauf hin, dass sich im Falle Brasiliens indirekt negative Auswirkungen der Pfundabwertung bemerkbar machen dürften, und zwar wegen der durch dieselbe ausgelösten allgemeinen Unruhe auf dem Geldmarkt: "Brasilien ist momentan mehr als je auf Darlehen und Kredite aus dem Ausland angewiesen. Bis aber wieder eine Normalisierung des Geldmarktes stattfindet, muss einerseits mit einer allgemeinen Verknappung der Kredite gerechnet werden und andererseits mit ihrer beträchtlichen Verteuerung angesichts der Erhöhung des Diskontsatzes in den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Kanada und anderen Staaten. Dies kommt Brasilien in einem Augenblick, wo hier alle Anstrengungen unternommen werden, um das lokale Geld billiger zu gestalten, besonders ungelegen" (Rio de Janeiro, 6.12.).

10. Die kommunistischen Staaten.

Die aus kommunistischen Ländern nur spärlich eingetroffenen Reaktionen enthalten keine Erwägungen über wirtschaftliche Rückwirkungen der britischen Abwertung auf den eigenen Handelsverkehr mit Grossbritannien, da einerseits der Handelsverkehr mit den westlichen Industrienationen im ganzen gesehen noch unbedeutend ist und andererseits der Preisgestaltung als Mittel zur Steuerung der Handelsströme in Staatswirtschaftsländern eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Der Kuriosität halber sei lediglich vermerkt, dass die Bekanntgabe der Abwertung japanischen Geschäftsleuten zufolge an der Handelsmesse in Kanton "erhebliche Unruhen" hervorgerufen hat, da die Preise der ausgestellten Güter in Pfund Sterling angegeben waren und die Chinesen befürchteten, durch die in den ersten Tagen abgeschlossenen Geschäfte erhebliche Verluste erlitten zu haben (NZZ, 22.11.).

Im übrigen hatten die Interpretationen, wie übrigens auch in der kommunistischen Presse der westlichen Welt, klassenkämpferischen

Charakter. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS deutete die britische Währungsoperation als einen "neuen Versuch, die hohen Gewinne der Monopole auf Kosten der Arbeiter zu sichern" (NZZ, 20.11.), und die Agentur NEUES CHINA kommentierte die Pfundabwertung mit der ideologisierten Bemerkung, die Abwertung sei eine Folge der kritischen Wirtschaftslage, und diese wiederum sei ein Zeichen der allgemeinen und immer grösseren Krise der kapitalistischen Welt und des rapiden Zerfalls des britischen Kolonial-Weltreiches. Premierminister Wilson hoffe, seine Wirtschaft durch die Abwertung zu retten. "Er könnte jedoch ebenso gut Gift trinken, um seinen Durst zu löschen", lautete in maoistischer Terminologie der Schluss der Stellungnahme (NZZ, 21.11.).

Schlussbemerkungen.

Die vorliegende Uebersicht zeigt, dass die Abwertung weltweite Reaktionen ausgelöst hat, wobei innerhalb der einzelnen Regionen, Wirtschafts- oder Währungsgruppierungen die mit der Abwertung zusammenhängenden Probleme oft von einheitlichen Gesichtspunkten aus betrachtet wurden, die dann auch die Massnahmen der verschiedenen Länder entscheidend beeinflussten. Zwischen den einzelnen Ländergruppierungen hingegen bestehen je nach Art und Weise, in der sie von der Abwertung betroffen wurden, zum Teil erhebliche Unterschiede, so dass die Anwendung einer einheitlichen Systematik der Darstellung unmöglich war. Es lassen sich indes zwei Feststellungen von umfassender Gültigkeit machen:

- 1) Abgesehen von den südamerikanischen Staaten zieht sich die Furcht vor einer Inflation wie ein roter Faden durch die Reaktionen der verschiedensten Länder. Sie hat zahlreiche Regierungen mitbestimmt, von einer Abwertung abzusehen und die abwertenden Länder gezwungen, Deflationsmassnahmen zu ergreifen. Dass die Inflation insbesondere dann eine Gefahr darstellt, wenn die Massnahme nicht von empfindlichen politisch undankbaren Eingriffen in das Wirtschaftsleben des Staates begleitet ist, zeigt das Beispiel Ceylons. Am 20. November wurde die ceylonesische Rupie um 20 % abgewertet. Wenige Tage

darauf waren Preissteigerungen bis zu 35 % zu verzeichnen, und als unausbleibliche Folge stellten sich Lohnforderungen und Streiks ein (Colombo, 29.11.).

- 2) Aus der Darstellung der Reaktionen auf die Abwertung geht hervor, dass das Pfund Sterling seine Bedeutung als internationale Währung weitgehend eingebüsst hat. "In general", so schreibt die "Times" in einem Herausgeberkommentar, "the contrast between 1949 and 1967 is striking, and reflects the diminished role of sterling as an international currency". Der offenkundig gewordene Verlust seiner bisherigen Stellung als internationale Reservewährung hat zur Folge, dass in Zukunft der US-\$ als praktisch alleinstehende Reservewährung direkt unter Beschuss gerät. Dieser Umstand kann angesichts der laut einem Bericht des Schweizerischen Generalkonsulates in New York von New-Yorker Finanzfachleuten kaum in Frage gestellten Ueberbewertung des Dollars zu einer ernstlichen Bedrohung der amerikanischen Währung führen (New York, 1.12.). Dem gleichen Bericht zufolge möchten schon heute Währungsspezialisten für die Beibehaltung der bestehenden Dollarparität über einen Zeitraum von drei Jahren keine Gewähr übernehmen.

Demgegenüber hat Dr. M. Iklé, Mitglied der Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank, in einem Referat erklärt, dass es ein Irrtum wäre, anzunehmen, dass der Dollar infolge der amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite der letzten Jahre zu einer schwachen Währung geworden sei. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der Vereinigten Staaten und ihre hohen Auslandguthaben scheinen ihm einen "ausreichenden Rückhalt" für den Dollar darzustellen (F+W, 6.12.).

Es braucht nicht besonders betont zu werden, dass die Wiederherstellung des britischen Zahlungsbilanzgleichgewichtes und ganz allgemein die Entwicklung der britischen Wirtschaft besonders für die westlichen Industriestaaten von hervorragender Bedeutung ist. Wir wollen indessen, wie bereits gesagt, nicht auf Spekulationen über die Wirksamkeit der britischen Abwertung und der ergriffenen Inflationsmassnahmen eintreten. Es sei le-

- 35 -

diglich eine Passage eines Berichtes unserer Botschaft in London zitiert, worin dieses Problem folgendermassen umschrieben wird:
"Die von der Regierung Wilson gewählte Alternative hat als erstes Ziel die Wiederherstellung der internationalen Zahlungsfähigkeit. Falls die Erreichung dieses Zieles von Dauer sein soll, bedarf es jedoch tiefgreifender Strukturverbesserungen der englischen Wirtschaft. Keine der Nachkriegsregierungen Grossbritanniens hat es bis jetzt fertig gebracht, auf diesem Gebiet namhafte Fortschritte zu machen. Dass die Strukturverbesserungen Hand in Hand mit einem Mentalitätswandel gehen müssen, ist jedem ausländischen Beobachter klar" (London, 21.11.).

1 Beilage

(Aufstellung zu
Seite 11)

Commercé extérieur de la Suisse en 1966

avec les pays qui ont dévalué

	Taux de déval.	Import. (mio fr.)	Part. total %	Export. (mio fr.)	Part. total %
<u>Grande-Bretagne</u>	14,3	1287	7,6	918	6,6
<u>Zone sterling</u>					
Ceylon	20	9	0,1	8	0,1
Chypre	14,3	2	.	5	.
Guyane	"	14	0,1	1	.
Irlande	"	14	0,1	16	0,1
Jamaïque	"	1	.	7	0,1
Malawi	"	1	.	1	.
Nouvelle Zélande	"	10	0,1	28	0,2
Sierra Leone	"	.	.	2	.
Trinidad + Tobago	"	4	.	3	.
<u>Total</u>		55	0,3	71	0,5
<u>Uebrige</u>	14,3				
Danemark	7,9	248	1,5	278	2,0
Espagne	14,3	153	0,9	388	2,8
Israël	14,3	56	0,3	96	0,7
<u>Total</u>		1799	10,6	1751	12,5